

Wartezeiten auf einen Therapieplatz

Wie ein Lobbyverband psychisch Kranken schadet

Psychisch Kranke müssen ewig auf einen Therapieplatz warten, weil das System eine Behandlung von Menschen mit geringen Leiden fördert. Besserung ist nicht in Sicht - ein mächtiger Lobbyverband verhindert jede Reform.

Ein Gastkommentar von Manfred Lütz

Dreißig Psychotherapeuten habe ihre Schwester angerufen, aber seit Monaten bekommt sie keinen Therapieplatz, viele hätten nicht einmal geantwortet. Das erzählte eine Nachbarin meiner Frau und bat sie, ob denn nicht ich, der Chefarzt einer großen psychiatrischen Klinik, in diesem Fall helfen könnte. Wir nahmen die Patientin auf, sie war schwerst depressiv und mit den Nerven völlig am Ende. Nach ein paar Wochen intensiver Therapie ging es ihr wieder gut, und sie konnte stabil entlassen werden.

Solche Geschichten kennt fast jeder, aber die wenigsten Menschen haben zufällig einen psychiatrischen Chefarzt in der Nachbarschaft wohnen. Seit Jahren ist der Missstand bekannt, doch niemand unternimmt etwas Wirksames dagegen; die schwer psychisch Kranken haben keine Lobby.

Vor 30 Jahren bekam ich für jeden psychisch kranken Menschen binnen drei Tagen einen Psychotherapietermin, heute dauert das in Deutschland fünf Monate. Aber wer wirklich psychisch krank ist, kann nicht so lange warten.

Dabei sind sich die Experten einig, dass die schweren psychischen Krankheiten gar nicht zugenommen haben. Die unzumutbare Wartezeit liegt an einem kaputten System, das die Behandlung von Gesunden fördert und die wirklich Kranken leer ausgehen lässt.

Eine Schande für ein zivilisiertes Land

Während Sie diesen Text hier lesen, quälen sich überall Patienten ohne Hilfe dahin, Angehörige verzweifeln, und keiner hilft. Der Zusammenbruch der ambulanten psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung ist eine Schande für ein zivilisiertes Land.

Nun hat Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) den Versuch gewagt, daran etwas zu ändern. In einem ersten Gesetzentwurf sprach er von einer "gestuften und gesteuerten Versorgung", ohne genauer zu präzisieren, was er damit meinte.

Doch auch nur diese Andeutung hat zum Aufschrei der mächtigsten Lobbyistenorganisation geführt, die es auf diesem Gebiet in Deutschland gibt, der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK). Diese Leute sind seit Jahren erfolgreich dafür tätig, dass Psychotherapeuten an "Patienten" kommen - ohne jedes Interesse daran, wie Patienten an Therapeuten kommen.

Burn-out ist keine Krankheit

Burn-out-Kampagnen, auch von Journalisten lange Zeit gefördert, haben das Ihrige dazu beigetragen. Bekanntlich ist Burn-out gar keine Krankheit. Unter diesem umstrittenen Begriff versammelt sich vielmehr ein Sammelsurium an unterschiedlichsten Phänomenen, darunter echte Depressionen, aber eben auch nur Befindlichkeitsstörungen, die gar keinen Krankheitswert haben. Burn-out ist ein Marketingbegriff, mit selbst ernannten Burn-out-Experten und Burn-out-Kliniken, in denen gestresste Manager gewisse lästige Unfähigkeiten mit Wassertreten bekämpfen.

Inzwischen gibt es 1,5 Millionen Psychotherapiepatienten in Deutschland, ein Milliardengeschäft. Kein Wunder also, dass Jahr für Jahr die BPTK über lange Wartezeiten berichtet, woraus sie immer nur eine Forderung ableitet: mehr Psychotherapeuten!

Die langen Wartezeiten sind darauf zurückzuführen, dass es keinerlei wirksame Kontrolle gibt, ob ein Kranker bei einem Psychotherapeuten sitzt oder ein Mensch in einer Lebenskrise. Wenn eine Frau plötzlich von ihrem Mann verlassen worden ist, dann ist das oft schlimmer als eine schwere Depression; das ist aber keine Krankheit, sondern eine gesunde emotionale Reaktion auf eine schreckliche Situation.

Eine solche Frau mag einen psychologischen Lebensberater brauchen, aber jedenfalls keine Krankenbehandlung zulasten der Solidargemeinschaft. Doch niemand kontrolliert das.

Eine wirksame Kontrolle gibt es nicht

Die Anträge, die für die sogenannte Richtlinien-Psychotherapie bei den Kassen gestellt werden müssen, werden seit Jahren zu 97 Prozent durchgewinkt; denn die Gutachter sehen nur Papier, keine Patienten. Und wer hat schon den Hochmut, einem Menschen eine Therapie zu verweigern, den er persönlich gar nicht gesehen hat und den ein Kollege schriftlich für dringend therapiebedürftig erklärt. Solche "PatientInnen" sitzen mittlerweile überall unter dem Label "mittelgradige depressive Episode" beim Psychotherapeuten - und für die wirklich Kranken gibt es keine Therapieplätze mehr.

Psychologische Psychotherapeuten machen ausgezeichnete Arbeit, und die weitaus meisten behandeln natürlich wirklich Kranke. Aber das System fördert die Behandlung von Gesunden. Fragen Sie sich doch selbst, was Sie tun würden, wenn Sie die freie Wahl hätten, für dasselbe Honorar einen schwer gestörten Menschen zu behandeln oder den gesunden Nachbarn, der aus irgendwelchen Gründen Gesprächsbedarf hat. Kein Wunder also, dass das Psychotherapiesystem in Deutschland zum Selbstbedienungsladen für Psychotherapeuten geworden ist. Das ist das Problem.

Als ich vor fünf Jahren einen Artikel über den Zusammenbruch der ambulanten psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland schrieb, bekam ich viel Zuspruch von Patienten und Angehörigen; doch sofort brach ein unglaublicher Shitstorm von Psychotherapeutenfunktionären über mich herein, den ich so noch nie erlebt hatte. Da gab es falsche Behauptungen, Unterstellungen, sogar Drohungen. Ein Redakteur sagte mir, ich solle mich nicht aufregen, Psychotherapeutenfunktionäre seien die Schlimmsten.

Die Öffentlichkeit wird manipuliert

Ein einflussreicher Kollege gratulierte mir mit der scherzhaften Bemerkung, ob ich denn schon einen Sicherheitsdienst beauftragt hätte, so einen Beitrag veröffentliche man in Deutschland nicht ungestraft. Da ich selber nie irgendwo Funktionär war, nach einer fast 40-jährigen Berufstätigkeit nichts zu verlieren habe und mich ausschließlich an den Interessen der Patienten orientiere, war das für mich damals eine ganz neue Erfahrung. Inzwischen macht es mich einfach nur noch wütend, wie hier hemmungslos die Öffentlichkeit manipuliert wird - und alle in Deckung gehen, wenn mal wieder die Bundespsychotherapeutenkammer eine Kampagne startet. Den Preis zahlen die schwer leidenden psychisch Kranken auf den Wartelisten unseres Landes und die verzweifelten Angehörigen, die erschüttert zusehen müssen, wie niemand hilft und sich offensichtlich keiner für sie interessiert.

Wenn man radikal von den Menschen aus denkt, die dringend eine Therapie benötigen, und alle berufspolitischen Eitelkeiten weglässt, gäbe es Lösungen, die schnell und ohne großen Aufwand umgesetzt werden könnten. Seriöse Experten sind sich inzwischen einig, dass es ein Leichtes wäre, die Wartezeiten von fünf Monaten auf etwa drei Wochen zu senken.

Dazu müsste ein funktionierender Mechanismus eingerichtet werden, der sicherstellt, dass gesunden Menschen in Lebenskrisen andere Hilfsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Damit würden Therapieplätze frei, sodass insbesondere schwer psychisch Kranke schnell Hilfe erhalten könnten.

Am besten: nichts tun

Aber jede Diskussion, über welche Lösung auch immer, wird, wie jetzt geschehen, schon im Ansatz verhindert; denn gegen jeden Reformversuch kämpft die BPTK mit allen Mitteln. Sofort brachte man gegen den Gesundheitsminister eine Petition zustande, die in kürzester Zeit 200.000 Unterschriften erreichte; denn man hatte offensichtlich keine Skrupel, einfach die Patienten einzuspannen. Die Formulierungen waren clever gewählt, man war gegen "Hürden", gegen "Diskriminierung", für "freien Zugang" - wer würde solche Forderungen nicht unterschreiben? Aber am Ende war man halt mit aller Entschiedenheit dafür - nichts zu tun! Angesichts verzweifelter Wartelistenpatienten war es an Zynismus kaum zu überbieten, dabei dreist zu behaupten, "dass in Deutschland mit gutem Erfolg und zur hohen Zufriedenheit der Patienten behandelt wird".

Die Politik ist in einer schwierigen Lage. An allen Fronten macht die Bundespsychotherapeutenkammer Druck, sobald es gegen ihre Interessen geht. Und diese Interessen lauten: keinerlei Kontrolle und mehr Psychotherapeuten.

Eigentlich müsste eine linke Partei wie die SPD ihre ureigene Klientel, die Ärmsten der Armen, gegen solche Lobbyisten in Schutz nehmen und dafür sorgen, dass nicht gestresste Manager, frustrierte Scheidungsoffer und Besserverdienende, die sich übernommen haben, zulasten der Solidargemeinschaft behandelt werden, sondern richtig Kranke.

Allein, aber mächtig

Wird aber die SPD der höchst subtilen Lobbyarbeit der BPtK widerstehen können? Die Grünen, ansonsten stets rastlose Kämpfer gegen Lobbyistenaktivitäten, sind bislang wohl die dankbarsten Opfer dieser zynischen Kampagne. Und auch manche Journalisten interessieren sich nicht für das Elend der Patienten, lassen sich einseitig "informieren" und machen sich so zum Lautsprecher für die Interessen einer bestimmten Berufsgruppe.

Da psychologische Psychotherapeuten nur etwa 50 Patienten im Jahr behandeln, Psychiater zum Beispiel dagegen etwa 1000, sind die zahllosen Mitglieder der BPtK, die jetzt alle entscheidenden Gremien beherrschen, keineswegs diejenigen, die die meisten psychisch Kranken behandeln. Alle anderen relevanten Expertenverbände sind aber der Auffassung, dass sich dringend etwas ändern muss.

Es ist Zeit für einen Wechsel

Erleben Sie mit Windows 10 jetzt bis zu 2,1 Mal schnelleres Multitasking und bis zu 80 Prozent bessere Performance. Ihre Daten können bis zu 40 Prozent schneller analysiert werden als auf einem vier Jahre alten System.

Auch die gesetzlichen Krankenkassen wissen längst, dass das massive Auftreten der BPtK seit Jahren eine angemessene Versorgung ihrer psychisch kranken Versicherten behindert. Jens Spahn will jetzt das Selbstverwaltungsgremium Gemeinsamer Bundesausschuss damit beauftragen, eine Lösung zu finden.

Ob das gelingt, ist ungewiss, denn auch in diesem Gremium haben jene Lobbyisten viel Macht. Doch es ist vernünftig, diesen Versuch zu machen. So bleibt die Hoffnung, dass die Volksvertreter in dieser wichtigen Frage die Interessen des Volkes, nämlich der Patientinnen und Patienten, vertreten und nicht zu Handlangern von Lobbyisten werden, die seit Jahren die Öffentlichkeit an der Nase herumführen.